

Rez. NESTLER/SCHAUPP, *Zwischen Revolution und Demokratie*

NESTLER (HGG.), Gerhard, SCHAUPP, Stefan, *Zwischen Revolution und Demokratie. Studien zur Geschichte der Pfalz vom späten 18. bis Mitte des 20. Jahrhunderts*, (= Abhandlungen zur Geschichte der Pfalz 13), Neustadt an der Weinstraße 2012.

Diskursive Stammtische sind eigentlich kaum vorstellbar und eine *contradictio in adjecto*. Pfälzische Historiker scheinen dies widerlegt zu haben. Seit über 20 Jahren hat sich ein Kreis von regionalgeschichtlich Interessierten getroffen, um jenseits einer durch das Mittelalter oder der Frühen Neuzeit geblendeten und blockierten harmonisierenden und idealisierenden Geschichtsschreibung, die wohl bis in unsere Tage hineinreicht, den Blick auf Ereignisse, Strukturen und Tendenzen in das XIX. und XX. Jahrhundert zu wenden vor allem unter Zuhilfenahme moderner Methoden und Fragestellungen. Der vorliegende Sammelband ist Erzeugnis dieses Stilwandels, wenngleich die Herausgeber überraschenderweise die Mahnung auf den Weg geben, daß ein Rückgang der regionalen zeitgeschichtlichen Forschung für die neueste Zeit unverkennbar sei. So wurde das Schwergewicht auf die Geschichte des XIX. und XX. Jahrhunderts gelegt mit der Begründung, diese Zeitspanne sei „weitgehend“ vernachlässigt worden (VII). Erst seit den 1970er Jahren seien durch jüngere Historiker neuartige, d. h., theoriegesättigte Methoden und Fragestellungen auch in den regional- wie lokalgeschichtlichen Raum transportiert worden, die zu neuen Erkenntnissen geführt hätten. Nach Ansicht der Herausgeber stehen nunmehr Zentralbegriffe und -kategorien wie Industrialisierung, Urbanisierung, Politisierung, Milieubildung, Segmentierung und Polarisierung zur Erklärung historischer Zusammenhänge im Mittelpunkt, wie sie sich seit der Französischen Revolution ausgebreitet und die Regionalgeschichte der Pfalz nachhaltig geprägt haben. Überraschenderweise kommen die Herausgeber allerdings zu dem Ergebnis, daß in den vergangenen Jahren das zeithistorische Interesse im Schwinden begriffen ist. Gründe sehen sie in der durch Globalisierung und Wirtschaftskrisen

hervorgerufenen Verunsicherung der historisch interessierten Menschen, sich mit Fragen der modernen Geschichte zu beschäftigen (VIII). Die Herausgeber kritisieren in diesem Zusammenhang die vernachlässigte institutionelle Verankerung der modernen Regional- und Lokalgeschichte in der Pfalz. So ging die Initiative eines verstärkten Bemühens um die Zeitgeschichte von privater Seite aus, lose zusammengesetzt in Form eines „Historikerstammtisch(s)“, gewissermaßen die Keimzelle des vorliegenden Bandes (IX). Differenzierung und kritische Betrachtung sind die theoretisch-methodologischen Leitfäden. „Im Mittelpunkt des Interesses steht die Geschichte der Pfalz seit der Französischen Revolution“ (IX). Schwerpunktsetzungen waren nicht vorgesehen, der Band erscheint heterogen, begreift sich als Kaleidoskop und hat seine tiefere Berechtigung darin, auf bewundernswert durchgehaltener quellengesättigter Grundlage der pfälzischen Geschichte neue Seiten abzugewinnen.

Die Reichweite der Thematik des Bandes ist recht vielschichtig. Sie erstreckt sich auf die Einflußnahme Frankreichs in die Geschehnisse eines Grenzlandgebietes (Revolutionsterror und pfälzischer Separatismus als Mittel französischer Besatzungspolitik in der Weimarer Zeit), die Sozialdemokratie wie die Arbeiterbewegung insgesamt, die Parteigeschichte am Beispiel der Bayerischen Volkspartei, auf das Dritte Reich (NSDAP-Entwicklung und Judenpolitik), auf die Mädchenbildung, das Verbandswesen in der Weimarer Republik (Bauernverbände) sowie der politischen Ikonologie und ihre fachdidaktische Behandlung am Beispiel des Edenkobener Sieges- und Friedensdenkmals.

Der Band setzt ein mit einem Beitrag über die pfalz-zweibrückischen „Insurrektionen“ von 1792/93 (von Erich SCHUNK, 1-36). Darin wird als Gegenpol zur nationalistisch bis nationalen und der gegenrevolutionären Geschichtsschreibung der Nachweis geführt, daß diese Erhebung im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken zwar von den Ereignissen in Frankreich erheblich beeinflusst war, der aber keine bewußte französische Initiative zugrunde lag. Das sieht man insbesondere an der Sezession Bergzaberns vom Herzogtum (27). Bergzabern gründete sogar mit 15 kurpfälzischen Gemeinden am 22. Januar 1793 eine Art „Republik“, die vom Pariser Nationalkonvent in die französische

Republik aufgenommen wurde (5). Viele Untertanenproteste waren auch lokal motiviert, hatten aber nicht die Dynamik wie der Bergzaberner Fall, über Protestationen und Unruhen hinauszugelangen. In der Regel beließ man es bei Petitionen (9). Anfang Februar 1793 kam es zur Eroberung des Herzogtums durch die französischen Revolutionstruppen, was zur Überlagerung der Unruhen und Proteste führte (11). Die Insurrektionen hatten ihren Grund einmal in der obsessiven Staatsverschuldung sowie in einer halbherzigen reformorientierten Kameralpolitik. Untertanenproteste blieben über diese Zustände nicht aus. Es lag aber nicht im Bereich des Möglichen, die Schaffung einer Volksvertretung durchzusetzen (22). Das Verhältnis zwischen z. B. den Bergzaberner Insurgenten und den französischen Revolutionären war bestimmt durch gegenseitige Hilfestellungen, aber nicht in Gestalt von politischen Anführern, sondern hauptsächlich in Gestalt von politischen Ratgebern (29f.). Auch wurden Reunionen angestrebt, so der Wunsch des Oberamtes Schaumburg (32f.). Abschließend schreibt der Autor, daß die Insurgenten nicht willenlos alle revolutionären Einrichtungen rezipierten, sondern nur diejenigen, die sich mit ihren angestammten kommunalen Institutionen als verträglich weisen sollten (35).

Zwei Beiträge befassen sich mit dem Separatismus nach 1919: Ein Aufsatz von Stefan SCHAUPP behandelt den Kampf der pfälzischen Sozialdemokratie gegen den französischen Separatismus („Un allemand irréductible“, 119-144). Eine andere Studie befaßt sich mit dem Separatismus in der Pfalz im Spiegel der Belletristik (Gerhard GRÄBER, 173-198). Im Beitrag SCHAUPPS wird gezeigt, daß die Sozialdemokratie in der Pfalz die tragende Säule in der antiseparatistischen Politik gegenüber französischen Avancen gewesen war. Insbesondere ihr Führungsmann FRIEDRICH PROFIT tat sich dabei hervor. Die SPD war nach 1918 auf Reichseinheit und Republiktreue nach innen und einem Gemisch von Völkerverständigung und Patriotismus nach außen hin orientiert (128). Die SPD konnte sich konkret als antiseparatistische Partei bewähren nach dem Putschversuch der „Freien Pfalz“-Bewegung vom 1. Juni 1919 (133ff.). Gelegentlich bezeichneten die Franzosen das Auftreten der Sozialdemokraten und PROFITS als „pangermanistisch“. Im Vollzug der Reichseinheit läßt sich das Gebaren auch als „nationali-

stisch“ bezeichnen (143). Der Autor betont aber, daß aus dieser Haltung eine gewisse Hilflosigkeit entspringt, den Realitäten ins Auge zu sehen, d. h., die Kriegsniederlage als solche hinzunehmen mit ihren zweifelsohne verheerenden politischen und wirtschaftlichen Folgen. Bei all seiner antifranzösischen Einstellung hat aber PROFIT der Besatzungsmacht nie den Vorwurf gemacht, zum Aufschwung republikfeindlicher Gruppierungen den Boden bereitet zu haben (144).

Die Darstellung Gerhard GRÄBERS zum Separatismus und seiner Stellung in der deutschen Belletristik konzentriert sich vor allem auf die hundert Tage der Autonomen Pfalz 1923/24 (173-198). Gegen das offiziöse Geschichtsbild insbesondere Bayerns – einige Separatisten werden als Söldner im Dunstkreis der Franzosen gebrandmarkt, die Bevölkerung habe aber nie gewankt – setzt die Belletristik den Heroismus Einzelner, die sich um die Wiederherstellung nationaler Einheit und Zugehörigkeit verdient gemacht und die Pfalz vor den Separatisten gerettet zu haben. Ein völkisches Bündnis führt den nationalen Befreiungskampf wider die ‚welsche‘ Besatzungspolitik (181f.) Auch wird die Idylle und die Natursymbolik im nationalen Abwehrkampf eingesetzt, der Pfälzer Wald zum Beispiel, aber auch der Rhein. Der Separatist ist natürlich ein Ausbund an Satanischem. Er ist Verführer, Betrüger und Mörder in einem, charakterlos und gerissen. Sie haben ihr Menschsein verwirkt und sollen wie Ratten eliminiert werden. Die Franzosen werden als die eigentlichen Akteure angesehen, die die Separatisten lediglich als Instrumente führen. Sie sind die eigentlichen Drahtzieher (189). Es gibt durchgängig aber auch den „guten“ Franzosen, dessen „Gutsein“ aber aus der Freundschaft mit einem Deutschen, mit dem Deutschtum an sich resultiert (190). Und es geistert die „schwarze Bestie“ in Gestalt des Kolonialfranzosen durch das Schrifttum, der es auf deutsche Frauen abgesehen hat (191). Die Autoren sind zumeist von regionalem Zuschnitt, heute völlig unbekannt (195).

Über die Anfänge der Arbeiterbewegung in Kaiserslautern unterrichtet die Lokalstudie Eris KEIMS (99-118). In den 1880er Jahren, also nach dem Sozialistengesetz mit dem Verbot der SPD, setzte in der Pfalz ein Schub gewerkschaftlicher Organisation ein. Sozialökonomische Strukturwandlungen haben in Kaiserslautern, das sich zur

Industriestadt entwickeln sollte, dafür gesorgt, daß sich eine klassenbewußte Arbeiterschaft herauszuschälen begann, wenn auch nicht in dem Maße wie z. B. in Ludwigshafen oder in Mannheim (103). Kleinbürgerliche Mentalität sowie eine gewisse Breitenwirkung des Handwerks und des Kleingewerbetums markierten die soziologische Charakterisierung der Bevölkerung. Eine profilierte lokale Bourgeoisie verstärkte den Druck auf die aufkommende Arbeiterbewegung. Die sozialistengesetzliche Repression war der Entwicklung der organisierten Arbeiterbewegung indes kaum förderlich. Die gewerkschaftlichen Organisationen erholten sich am ehesten. „Gelbe“ Organisationen der Arbeitgeberverbände sollten für eine Abwehr gewerkschaftlicher Ansprüche sorgen (110f.). Auch entstand eine regionale Arbeiterpresse. Die Metallarbeiter gehörten zu den Hauptträgern der Gewerkschaftsbewegung; ihr Verband formierte sich Ende des XIX. Jahrhunderts aber recht zögerlich in der Stadt. Als erste ihrer Art wurde 1892 in Kaiserslautern eine Gewerkschaftskommission eingerichtet. Nach 1918 klinkte sich die organisierte Arbeiterbewegung in die sozialrechtlichen Institutionen ein. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung gewann in Kaiserslautern an Bedeutung durch Bildung eines kommunalen Arbeitersekretariats (118).

Ausgehend von der Tatsache, daß die Sozialdemokratie wie die gesamte Arbeiterbewegung in Deutschland Gebilde von Spaltungen waren, erarbeitet Klaus J. BECKER minutiös eine prosopographische Studie von Parteiwechseln in der pfälzischen Arbeiterbewegung aus (317-355). Dabei stehen 47 Protagonisten im Mittelpunkt, die Zeit reicht von 1917 bis zum KPD-Verbot in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1956. Meist sind es historische Großereignisse, und damit einhergehend persönliche Motive, die Parteiwechsel induziert haben. Zwischen 1917 und 1922 war es vor allem die Abspaltung der USDP von der SPD 1917, die ins Gewicht fiel. Die 20iger Jahre waren v. a. durch heftige Positionswechsel innerhalb der pfälzischen KPD geprägt, die zu Parteiübertritten geführt haben. Die Stalinisierung der KPD nach 1945 hat zu Parteiwechseln in die SPD beigetragen. Zum Schluß schreibt der Autor, daß während des Untersuchungszeitraums die SPD eine konstante Mitgliederpartei geblieben sei, wohingegen USPD wie KPD deutlich rückläufig waren, ihre Angehörigen eher aus Ent-

täuschung den Rückzug antraten als zu anderen Parteien zu wechseln ( 337f.). Sehr verdienstvoll ist eine Auflistung der prominentesten Parteiwechsler in der pfälzischen Arbeiterbewegung mit zahlreichen biographischen Angaben als Anhang.

Einen in der Regel in der Regionalgeschichte wenig beachteten Gegenstand behandelt Hannes ZIEGLER in seinem Beitrag, der die Verbandspolitik der Pfälzer Bauernschaft zwischen 1918 und 1933 in den Blick nimmt (199-223). Gerade ein vorzugsweise agrarisch strukturierter Landstrich wie die Pfalz, so verdeutlicht es der Aufsatz, hatte in seinen interessenspezifischen Verbandsorganisationen einen erheblichen Einfluß auf die politischen Geschehnisse. Der Pfälzer Bauer war nicht einheitlich und zentral organisiert. Mindestens drei konkurrierende Organisationen: die „Freie Bauernschaft“, die die meisten Mitglieder vorweisen konnte, antipreußisch orientiert war und doch konservative Auffassungen vertrat; der „Pfälzer Bauernbund“ (die Pfälzer Vertretung des „Bundes der Landwirte“), der, wie die „Freien Bauern“, der DVP nahestand, sowie als mitgliederschwächste der „Pfälzer Bauernverein“, der von der katholischen BVP unterstützt wurde. Ein ins Auge gefaßter Zusammenschluß der Verbände im Jahre 1921 scheiterte. Erst Ende der 1920er Jahre, im Zeichen von Weltwirtschafts- und Agrarkrise, konnte ein Zusammenschluß der Interessensartikulation in der „Pfälzer Bauernschaft“ gelingen (215). Dieser Organisation kam aber spätestens seit dem großen Wahlerfolg der Nationalsozialisten 1930 in deren Fahrwasser, indem sie führende Positionen mit ihren Leuten besetzen konnten. Und noch vor der Machtergreifung wurden Pfälzer Bauernschaft und NS-Bauernzellen miteinander verschmolzen. Bereits im Januar 1933 wurde die Pfälzer Bauernschaft aufgelöst. Im selben Monat wurde der „Pfälzer Bundschuh“ als NS-Nachfolgeorganisation gegründet (222). Die heftigsten Auseinandersetzungen gab es nach 1918 durch Zwangsbewirtschaftung und Reglementierung der Getreide- und Milchpreise, was vor allem die „Freien Bauern“ auf den Plan rief, die zu Lieferstreiks aufriefen, aber den Widerstand der Regierungstellen zu spüren bekam (203ff.). Die „Freien Bauern“ waren auch in den Separatismus verwickelt, was nach dessen Zerschlagung zu erheblichen „Kollateralsch(ä)den“, so der Autor (212), in ihrem Verband führte.

Über die Entstehung und Fortentwicklung der Mädchenbildung in Landau unterrichtet der Essay von Christine Kohl-Langer (73-98). Die Autorin stellt das Thema in den größeren Kontext der gesellschaftlichen Verankerung des bürgerlichen Frauenbildes im XIX. Jahrhundert, wo sich die geschlechtliche Arbeitsteilung in der Trennung von Erwerbs- und Familienleben manifestiert hat. Der Mann brachte das Einkommen, die Frau war Gattin, Mutter und Hausfrau zugleich (75f.). Pädagogische Unterrichtung speziell für Mädchen erschien aufgrund dieser Konstellation als überflüssig (77). Mitte des XIX. Jahrhunderts hat es Versuche gegeben, Mädcheninstitute in Landau einzurichten, so z.B. die „Private Unterrichts- und Erziehungsanstalt für Töchter gebildeter Stände“ (82), ein weiteres Institut auf privater Ebene war eine von Luise Scherer begründete Mädchenschule (84). Erst in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts erkannten die Stadtväter, daß es unabdingbar sei, auch für Mädchen eigene Erziehungsanstalten auf den Weg zu bringen. So wurde im Jahre 1874 die „Städtische Höhere Töchterschule“ gegründet, das heutige Max-Slevogt-Gymnasium (87). Das Grundkonzept sah vor, den Anforderungen an eine gebildete Hausfrau gerecht zu werden (88). Außer Vermittlung von Elementarkenntnissen war eine zielgerichtete Aneignung intellektueller Lehrinhalte allerdings nicht vorgesehen und auch für wenig erstrebenswert gehalten worden. Lediglich die Unterrichtung in schöngeistigen Fächern wie Handarbeit, Zeichnen, Gesang, Deutsch und Religion war im Lehrplan vorgesehen (91). Erst 1911 wurde in Bayern eine verbindliche Organisation der Mädchenbildung aufgebaut mit zehn Schulpflichtfächern. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Übergang ins Gymnasium nunmehr verbindlich geregelt, was sich *realiter* auch in Landau auswirken sollte (96). Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Autorin auch Einblick in die Erwerbsmöglichkeiten junger Frauen gewährt, was ja im XIX. Jahrhundert nicht selbstverständlich war. Für ledige Frauen des Bürgertums war dies insbesondere der Beruf der Lehrerin. An Landauer Schulen unterrichteten 1911 bereits 42 junge Frauen. Die aufkeimende Frauenbewegung in Deutschland und entsprechende Vereinigungen sorgten dafür, daß die Forderungen nach Verankerung des weiblichen Geschlechts in der bürgerlichen Ausbildungs- und Erwerbsgesellschaft nicht verstumm-

ten. Vor allem im kaufmännischen Bereich fanden immer mehr Frauen eine Anstellung (97). Abschließend schreibt die Autorin, daß die Eingliederung der höheren Mädchenschule in das öffentliche Schulwesen noch „keine generelle Angleichung männlicher und weiblicher Bildungsziele“ dargestellt habe. Nichtsdestotrotz hatte die höhere Mädchenbildung in Landau innerhalb der Stadtgesellschaft einen hohen Stellenwert, wohingegen die Förderung aus den unteren Schichten nur unvollkommen vor sich ging. Mädchenbildung war demnach im Grunde schichtspezifisch (98).

Im Beitrag Gerhard NESTLERS geht es um die staatsrechtlich-politischen Auseinandersetzungen in der Bayerischen Volkspartei (BVP) um die Frage „Bayerische Monarchie oder deutsche Republik?“ (145-172). Die Gründung der BVP im November 1918 verstand sich als eine Abspaltung vom Zentrum im bayerischen Raum, um so stärker dem Katholizismus wie dem Föderalismus Gewicht verleihen zu können. Das pfälzische Zentrum schloß sich umgehend der BVP an. Die Revolution von 1918/19 wurde mit Entsetzen wahrgenommen, gleichwohl verschloß sich die Partei nicht am Umbau der Monarchie in einen republikanischen Volksstaat, um die katholisch-konfessionellen Belange zu vertreten. Zu Beginn gab es heftige Flügelkämpfe zwischen Monarchisten und Republikanern, die als Antirevolutionäre auftraten (148ff.). Die monarchistischen Ziele repräsentierte allerdings die Bayerische Königspartei, weniger als Partei im engeren Sinne, sondern als Sammelbecken der Anhänger der Monarchie. Verbindungen zum rechten Flügel der BVP wurde hergestellt, und man begann sich in der Pfalz lokal zu formieren, um dem monarchischen Gedanken Vorschub zu leisten gegenüber der ungeliebten, als ‚prussifiziert‘ wahrgenommenen Republik. Ein Brief des rechten Flügelmanns Pfarrer WALZER an den ehemaligen bayerischen König LUDWIG III. von 1920 bot Stoff für heftige Kontroversen in der BVP, weil er wie eine Ergebnisadresse an die Monarchie wirkte (der offene Brief ist im Anhang abgedruckt 169-172). Auch die französische Besatzungsmacht, die separatistische bzw. extreme föderalistische Ziele verfolgte, mischte im Hintergrund mit. Die Verteidiger der Republik innerhalb der BVP begannen sich nunmehr vermehrt zu Wort zu melden. Über diese Kontroverse schreibt NESTLER abschließend: „Die Auseinandersetzungen



zwischen Monarchisten und Republikanern ebten erst ab, als die Weimarer Republik nach 1924 wirtschaftlich und politisch in etwas ruhigeres Fahrwasser geriet und sich auch die überzeugtesten Verfechter einer monarchistischen Restauration eingestehen mußten, daß ihre Vorstellungen nur noch von einer kleinen Minderheit geteilt wurden“ (167).

Michael SCHEPURA behandelt die Ortsgruppengründungen der NSDAP in den Gemeinden des heutigen Rhein-Pfalz-Kreises. Der Beitrag ist Teil seiner Dissertation, vor deren Beendigung der Autor verstorben ist. Die Gründungen setzten recht früh ein und mit voller Fahrt nach den Reichstagswahlen im September 1930. Ab 1931 wurden die Anstrengungen der NSDAP nach Organisierung und Einwirkung auch im „schwarzen“ Speyer intensiviert. Erleichtert wurde die Ausbreitung der NS-Organisationen durch lokale Fürsprecher und Honoratioren. Auch in den Vereinen versuchte die Partei Fuß zu fassen. Die Propaganda-Aktivitäten trugen vor allem in den zahlreichen Wahlkämpfen unheilvolle Frucht. Insbesondere war es die totale Indoktrinierung der Bevölkerung, die der NSDAP in ihrer Suche nach Sündenböcken für die wirtschaftlichen Problemlagen Ende der Weimarer Republik reichen Zulauf beschern sollte (232). Ziel der NS-Propaganda waren die sog. „Systemparteien“, insbesondere die SPD, die Juden und die „Bolschewisten“. Ebenso wurden gerade für die unteren Bevölkerungsschichten Versprechungen abgegeben, um deren Existenz gerade in der agrarischen Erwerbsgesellschaft zu sichern bzw. zu verbessern. Man gab sich antibürgerlich und antikapitalistisch. Gerade auf lokaler Ebene hatte es die NS-Propaganda auf die „Bonzenpolitik“ in den kommunalen Verwaltungen abgesehen. Viele Kommunalpolitiker vor allem aus dem sozialemokratischen oder dem Zentrumslager wurden persönlich diffamiert. Dort, wo die NSDAP Wahlniederlagen hatte hinnehmen müssen, schreckten ihre Agitatoren nicht davor zurück, die Kommunalpolitiker als Wahlbetrüger hinzustellen (245).

Über den Novemberpogrom 1938 und das gewaltsame Ende der jüdischen Gemeinde Hagenbach (Kreis Germersheim) unterrichtet sehr ausführlich der Aufsatz von Hans-Jürgen KREMER (247-313). Ein umfangreicher Anhang bietet eine Aufbereitung

der aus Hagenbach stammenden jüdischen Opfer der Nationalsozialisten. Wie im gesamten Reichsgebiet auch verlief die Judenverfolgung in ihren einzelnen Phasen auch in der Gemeinde Hagenbach in aller Öffentlichkeit mit bleibenden Spuren im dörflichen Alltag. Wie andernorts auch wurden die Übergriffe später beschwiegen, beschönigt oder bagatellisiert, obwohl manche davon profitiert hatten. Der Autor betont, daß es diesbezügliche Tabus auch heute noch gibt (247). Die Errichtung zweier Gedenkobjekte des offiziellen Hagenbach waren wohl das höchste der Gefühle (248). Da mündliche Quellen (Zeitzeugen) so gut wie ganz fehlen, blieb es für den Autor eine mühevollere Spurensuche, um nun endlich die Grundlagen der Geschichte der Judenverfolgung in der Gemeinde nachzeichnen zu können. Hagenbach verfügte in der Zeit vor 1933 über ein recht reges jüdisches Leben. Neben den Synagogen gab es eine Konfessionsschule, ein Friedhof, ein Ritualbad sowie einen Krankenuntersützens- und Wohltätigkeitsverein. Hagenbach beheimatete die zweitstärkste jüdische Gemeinde im Kreis (250). Handwerk, Landwirtschaft und Handel waren die Hauptideberbszweige. Antisemitische Mentalität in der nichtjüdischen Bevölkerung war vorhanden, vor allem nach dem Ersten Weltkrieg. Die aufkommende NSDAP ließ sich durch ihre Gewaltbereitschaft schwerlich übertrumpfen. Die Weltwirtschaftskrise 1929/30 verstärkte das Konfliktpotential um ein Vielfaches, insbesondere, wenn jüdische Makler angeprangert wurden (256). Ein Jahr vor der Machtergreifung zählte die jüdische Gemeinde in Hagenbach lediglich noch 37 Personen (256). Nach der Machtergreifung begannen die Übergriffe durch die Nationalsozialisten. Der Autor spricht von einer „konzertierten Hetzkampagne“ (259). Die stufenweise Radikalisierung der Entrechtung und Verfolgung der Juden schildert KREMER minutiös bis in letzte Details, auf die hier nicht im Einzelnen eingegangen werden kann. Drangsalierungen im wirtschaftlichen Leben bis hin zur Existenzvernichtung waren an der Tagesordnung. Stetig setzte ein jüdischer Exodus ein, der im allgemeinen in die Schweiz, nach Nordamerika und nach Palästina führte. Die Diskriminierungen führten die jüdischen Bürger zusehends in die wirtschaftliche und psychische Isolation. Ein Polizeibericht weist aus, daß ihr Verhalten durch „(s)cheues Benehmen und Zurückhaltung“ geprägt sei (268). Die sog. „Reichs-

kristallnacht“ vom 9. auf den 10. November 1938 war der Höhepunkt der Pogrompolitik gegenüber den Juden. Eindringlich schildert der Autor anhand von Einzelschicksalen die Zerstörung der Synagoge in Hagenbach (269ff.), die Flucht aus Hagenbach in die Emigration sowie die daraufhin erfolgten Transporte in Konzentrationslager, vor allem nach Gurs. Dort waren aus Hagenbach 29 Juden interniert (287). Viele starben oder vegetierten dahin. Lediglich fünf Überlebende aus Gurs können verzeichnet werden (292). Nach dem Ende der NS-Herrschaft stand die Rückgabe jüdischen Eigentums bzw. die Entschädigung auf der politischen Agenda. Auch in Hagenbach kam es darüber zu Kontroversen. KREMER schreibt dazu: „Dabei bestärkte sie (die Arisierungspolizei, A.M.) maßgeblich das komplizenhafte Schweigen großer Teile der Dorfgemeinschaft.“ (296). An Einzelbeispielen zeigt der Autor die oftmals langwierigen und gelegentlich demütigenden Verfahren vor den deutschen Wiedergutmachungsinstanzen. Viele Betroffene schlugen den schnelleren Vergleichsweg ein. Es ist auch kein Wunder, wenn sich bei den wenigen Überlebenden Mißtrauen und Verbitterung einstellten. Das politische Hagenbach tat nichts, um dieses durch die Implementierung einer sensiblen Erinnerungskultur wenn auch nur in Ansätzen zu zerstreuen (300).

Ein wenig erratisch steht zum Abschluß ein Beitrag über die fachdidaktische Vermittlung des 1899 als Erinnerung an den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 errichteten Sieges- und Friedensdenkmal über Edenkoben von Stefan ENDRES als außerschulischer Lernort für die Sekundarstufen (357-384). Dabei wird der Anspruch erhoben, den Wert dieses Denkmals im Horizont der Entwicklung des BISMARCK-Reiches systematisch zu messen und fachdidaktisch zu aktualisieren (358). Ebenso ist es Anliegen des Beitrages, entsprechende Unterrichtsmaterialien herzustellen (359). Es wird klar, daß es den Initiatoren nicht nur um Heroisierung hohenzollernscher Geschichte geht, sondern auch um lokalspezifische touristische und finanzielle Interessen (366), was übrigens auch heute noch der Fall ist (368). Wichtig ist es dem Autor festzuhalten, das Denkmal als Quellenart *sui generis* für den historischen Unterricht an den Schulen nutzbringend einzuführen; auch wird das Heranziehen der Rezeptionsgeschichte als besonders sinnvoll bezeichnet (368). Davon werden einige Stücke in einem abschlie-

ßenden Materialienanhang abgedruckt (370ff.).

Abschließend bleibt festzuhalten, daß sich nicht alle Beiträge unter die gewählten Leitkategorien 'Revolution' und 'Demokratie' subsumieren lassen, allenfalls sind indirekte Rückschlüsse möglich. Dies erscheint aber verzeihlich. Auch erscheint es hier angebracht, darauf hinzuweisen, daß der Pessimismus der Herausgeber, mit der pfälzischen Zeitgeschichte läge es im Argen, eigentlich nicht angebracht ist. Gerade im Blick auf die Geschichte der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg (Besatzungszeit, Frühphase des Landes Rheinland-Pfalz und darin eingeschlossen die Pfalz) ist enorm viel geleistet worden, gerade auch auf quellenkundlicher Grundlage. Der Band ist auch deswegen verdienstvoll, weil Themen behandelt worden sind, die sonst kaum von der Forschung erschlossen worden sind (Bauernverbände, Mädchenbildung, politische Ikonologie als Beispiele).

*Arno Mohr*